



Beschluss des Bundeskongresses
der Europa-Union Deutschland e.V.
vom 30.03.2019

Europa Machen: Jetzt und stärker

Wenige Wochen vor der Europawahl, die angesichts des Ansturms der Populisten als Schicksalswahl bezeichnet wird, präsentiert sich die Europäische Union zu uneins und zu schwach. Wichtige Herausforderungen der Gegenwart werden nur unzureichend angenommen. Zwar hat die EU in jüngster Zeit wichtige Handelsabkommen abgeschlossen. In wesentlichen Zukunftsfragen gibt es jedoch keine gemeinsamen politischen Ziele, die über unverbindliche Erklärungen hinausweisen. Dies gefährdet nicht nur den europäischen Zusammenhalt und das Überleben der EU, sondern auch die Freiheit Europas und den European Way of Life. Europa darf keine Nabelschau betreiben, während die Welt im Umbruch ist.

China verfolgt seine imperialen Ziele mit großem strategischem Geschick, vor allem im Wege der ökonomischen Durchdringung. Es profitiert davon, dass sein totalitärer Staatskapitalismus lange Zeit nicht verstanden und mit freier Marktwirtschaft verwechselt wurde. Die USA unterstützen diese Entwicklung, indem sie die von ihnen selbst nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffene multilaterale Ordnung mit ihrem aggressiven Isolationismus zerstören, das Heil, gestützt auf ihre militärische Stärke, in nationaler Abschottung suchen. Russland, das die Krim annektierte und in der Ost-Ukraine Krieg führt, arbeitet daran, die Krise des Westens zu verschärfen, um von eigenen, vor allem ökonomischen Schwächen abzulenken. Zudem fördert es antieuropäische, vor allem rechtsextreme Kräfte in Europa, steht in enger Verbindung zu rechtspopulistischen Regierungen. Mit der Kündigung des INF-Vertrages ist die Einleitung einer neuen Spirale des Wettrüstens nicht auszuschließen.

Hinzu kommen zahlreiche unbewältigte Probleme, die für Europas Zukunft gravierend sind. Die Stichworte lauten unter anderem Klimawandel, Energiesicherheit, demografische Alterung, Migration. So fehlt Europa beispielsweise eine klare Strategie für eine zukunftsfeste, nachhaltige und faire Partnerschaft mit Afrika. Auch mit Blick auf Europas Fähigkeit, neue Chancen zu nutzen, steht es nicht zum Besten. Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit, Biotechnologie, Digitalisierung oder künstliche Intelligenz – auf vielen dieser Felder droht Europa international ins Hintertreffen zu geraten.

Die überparteiliche Europa-Union Deutschland ist angesichts all dieser Entwicklungen in großer Sorge. Sie appelliert an die Bundesregierung und die demokratischen Parteien im Deutschen Bundestag, alles in ihrer Macht Stehende daran zu setzen, einen neuen europäischen Konsens herzustellen.

Deutschland muss auf seine europäischen Partner zugehen, wenn es die europäische Ordnung der föderalen Machtverschränkung und wertebasierten gemeinsamen Sicherung von Handlungsfähigkeit bewahren will. Deutschland muss dazu bereit sein, gemeinsam mit den Partnern neue, ambitionierte Ziele zu formulieren und diese konsequent zu verfolgen.

Europa muss nicht schwach sein. Allerdings darf es nicht die Lehren vergessen, die die europäischen Gründerväter und -mütter aus der europäischen Geschichte gezogen haben. Wenn es sich auf seine Stärken besinnt, die in freiheitlicher Demokratie und

Rechtsstaatlichkeit und der Bündelung seiner Kräfte in einer föderalen Ordnung liegen, wird es reüssieren. Ein geeintes Europa hat unglaublich viel Potential. Es steht für eine einzigartige Gesellschafts- und Werteordnung, die Freiheitsrechte und Solidarität miteinander in Einklang zu bringen sucht.

Die Europa-Union Deutschland fordert

- den Schutz der Demokratie unter anderem durch einen wirksamen Rechtsstaatsmechanismus, die Beachtung des Spitzenkandidatenprinzips und eine weitere Stärkung des Europäischen Parlaments insbesondere durch die Ausstattung mit dem Gesetzesinitiativrechts sowie der partizipativen Demokratie auf europäischer Ebene;
- entschiedene Schritte zur Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion, um diese gegen neue Finanz- und Wirtschaftskrisen abzusichern und das volle Potential der gemeinsamen Währung in den Welthandelsbeziehungen auszuschöpfen;
- eine die marktwirtschaftliche Ordnung respektierende europäische Industriepolitik, die die Unabhängigkeit der europäischen Wirtschaft sichert, Diversität gewährleistet und Innovationsprozesse durch fairen Wettbewerb befördert;
- die Schaffung von weiteren und effektiveren Solidaritätsmechanismen auf europäischer Ebene, die den Zusammenhalt stärken und soziale Aufwärtskonvergenz ermöglichen, ohne ökonomische Fehlanreize zu setzen;
- eine Stärkung der sozialen Dimension Europas auch mit dem Ziel, der effektiven Verhinderung von Sozialdumping und dem Schutz vor globalisierungsbedingten Schocks, damit die Bürgerinnen und Bürger den Wert der Integration unmittelbar erfahren;
- eine europäische Asylpolitik, die schutzbedürftigen Menschen im Einklang mit internationalem Recht und europäischen Werten Schutz gewährt und einen fairen Ausgleich innerhalb der Europäischen Union vorsieht;
- eine bedarfsorientierte Einwanderungspolitik, die den europäischen Arbeitsmarkt stärkt, die Folgen der demografischen Alterung mindert und stabilisierend auf Drittstaaten wirkt;
- eine Afrikastrategie, die sozioökonomische und sicherheitspolitische Ziele zu beiderseitigem Nutzen mit umweltpolitischer Nachhaltigkeit in Einklang bringt;
- eine Nahoststrategie, die den neuen weltpolitischen Rahmenbedingungen Rechnung trägt und stabilisierend auf die Krisenregion wirkt;
- die Entwicklung einer gemeinsamen Asienstrategie zum Umgang mit der expansiven wirtschaftlichen wie militärischen Politik Chinas zur Sicherung von Freihandel, freiem Seeverkehr und Hoheitsgrenzen;
- eine neue Russlandpolitik, die Moskau im Gegenzug zur Einstellung seiner Destabilisierungsstrategie wirtschaftliche und neue partnerschaftliche Perspektiven eröffnet;
- angesichts erhöhter auch militärischer Herausforderungen eine Stärkung des europäischen Pfeilers der NATO und dessen Verfügbarkeit für europäische Zwecke („Armee der Europäer“);
- das Festhalten an einer multilateralen Weltordnung bei fester Verankerung in den Westen durch eine enge Verbindung mit Freunden in den USA, Kanada und Großbritannien.

Das meiste davon ist auf Basis des Vertrags von Lissabon möglich. Es braucht Einsicht, Weitblick und politischen Willen. Sobald eine neue Stabilität erreicht ist, muss aber ein neuer Verfassungskonvent einberufen werden, bei angemessener Beteiligung der europäischen Zivilgesellschaft, um Europas Institutionen in eine zukunftsfeste föderale Ordnung zu überführen.